

Trotz Schadensbilanz ein „Weiter so“?



Was haben die drastischen Corona-Maßnahmen und Impfkampagnen konkret bewirkt?

Im Lockdown- und Impfsjahr 2021 wurden mehr Corona-Erkrankungs- und Todesfälle gezählt als 2020. Wer da von Erfolg spricht, kann es nur aus Glaubensgründen tun. Umgekehrt verdichten sich die Erkenntnisse über immense Schäden, die von den „Schutz-Maßnahmen“ verursacht wurden. Zu den Impfschäden haben wir in Nummer Eins bereits geschrieben. Hier eine Auswahl von bisher nachgewiesenen Schäden durch Corona-Maßnahmen.

Weltweite Schäden

Laut einem UN-Bericht waren infolge von Lockdowns und Corona-Maßnahmen weltweit im Jahr 2020 zirka 100 Millionen Menschen mehr von akuter Hungersnot betroffen als 2019.

Dabei sterben vor allem Kinder.

Mit den Lockdowns wurde das funktionierende System der weltweiten Lieferketten gestört. Für Produktionsausfälle durch Lieferengpässe zahlen alle, mit Preisanstiegen, Kurzarbeit, Insolvenzen, Versorgungsnotstand etc.

Wussten Sie schon...

... dass die USA jährlich über 800 Mrd. Dollar für Rüstung ausgibt, Russland dagegen knapp 66 Mrd. und China 293 Mrd? Insgesamt geben die NATO-Staaten 1.175 Mrd. Dollar für Rüstung aus, wobei die europäischen NATO-Mitglieder, also auch Deutschland, eine drastische Steigerung ihrer Militärausgaben planen. (Quelle Statista)

... dass die USA etwa 1.000 ausländische Militärbasen und Stützpunkte auf der ganzen Welt unterhalten? Russland unterhält zehn Militärstützpunkte, die meisten davon nahe der eigenen Grenze in ehemaligen Sowjetrepubliken. (Quelle Wikipedia)

... dass 30 Milliarden Dollar genügen könnten, um das weltweite Hungerproblem dauerhaft zu besiegen? (Quelle Oxfam)

Kinder – die größten Opfer der Corona-Politik

Lockdown, Maskenpflicht und tägliche Angstpropaganda führten zu einem drastischen Anstieg seelischer Störungen bei Minderjährigen. Die Häufigkeit psychosomatischer Störungen hat sich während der Corona-Maßnahmen sogar verdoppelt, wie die *COPSY-Studie der Uniklinik Hamburg-Eppendorf* herausfand.

Maskenpflicht verursacht Entwicklungsschäden. Insbesondere die Sprachentwicklung wird durch die eingeschränkte Kommunikation unter der Maske verzögert, wie die *britische Schulaufsichtsbehörde* feststellte.

Eine *Studie der Essener Uniklinik* bestätigt, dass während des Lockdowns Anfang 2021 die Anzahl der Suizid-Versuche bei Minderjährigen um 400 Prozent stieg.

Die *deutsche Adipositas-Gesellschaft* vermeldet einen Anstieg von Übergewichtigkeit bei Kindern um etwa 15 Prozent.

Die Fälle von häuslicher Gewalt stiegen während der Lockdowns um etwa 20 Prozent, wie die *Opferhilfe-Organisation „Weißer Ring“* feststellte.

Ungezählte Schäden:

Kultur- und Gastronomiesterben

Viele Kulturschaffende, Gastronomen und Service-Personal haben ihre Einkommensmöglichkeiten durch die Corona-Politik verloren und sich beruflich umorientiert. Die Folge ist eine Verarmung unseres soziokulturellen Lebens.



Leid durch Isolation

Insbesondere in Krankenhäusern und Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen wurden und werden die sozialen Kontakte von Patienten und Heimbewohnern massiv eingeschränkt. Einsamkeit und vor allem das Sterben in Einsamkeit bedeuten für Betroffene und Angehörige massives Leid.

Soziale Verarmung durch Maskenzwang und Online-Formate

Die Maskenpflicht ist ein enormer Einschnitt in unsere Kommunikation. Auch der massive Einsatz der digitalen Kommunikation belastet den sozialen Zusammenhalt. Eine Politik der Angst zerstört langfristig das bisherige vertrauensvolle soziale Miteinander.

FAZIT

Die Liste der aufgeführten Schäden durch gesetzlich verordnete Schutzmaßnahmen ist nur beispielhaft und nicht vollständig, zeigt aber deutlich: Die Gesamtheit der Co-



rona-Maßnahmen haben unserem sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben massiv geschadet. Ihr Nutzen konnte bisher nicht nachgewiesen werden. Dennoch wird von den Regierenden bereits jetzt an einem „Weiter so“ gearbeitet. Nur ein starker Widerstand gegen diese Politik kann unsere Gesellschaft retten. *Katrin McClean*

www.Empfehlungen

Freier Journalismus

- 2020news.de
- dreigliederung.de
- rubikon.news
- reitschuster.de
- fairtalk.tv
- multipolar-magazin.de
- clubderklarenworte.de
- apolut.net
- ulrich-heyden.de
- nachdenkenseiten.de
- transition-news.org/uber

Initiativen & Arbeitsgruppen

- corona-ausschuss.de
- aerzte-fuer-aufklaerung.de
- elternstehenauf.de
- mwgfd.de

Impressum

Basisdemokratische Partei Deutschland
Kreisverband Wartburgkreis
Albert-Schweitzer-Straße 22
36433 Bad Salzungen

Vertreten durch

die gleichberechtigten Vorsitzenden
Burkhardt Platek & Andreas Wolfschlag

Kontakt

email: Wartburgkreis@th-dieBasis.de
Telefon: 03695 / 8501942
web: www.dieBasis-th.de

Spendenkonto

IBAN DE19 8405 5050 0012 0478 56
BIC HELADEF1WAK
V.i.S.d.P. Andreas Wolfschlag

Die Quellenangaben zu unseren Beiträgen finden Sie auf:
diebasis-th.de/kreisverband-wartburgkreis



Basisdemokratische Partei Deutschland
Kreisverband Wartburgkreis

dieBasis für DEMOKRATIE

Herausgegeben durch: Basisdemokratische Partei Deutschland - dieBasis - Kreisverband Wartburgkreis - August 2022

„Ich stehe für Ehrlichkeit und Transparenz“

Interview mit Dr. Ute Bergner, MdL Thüringen - von Grit Wolkowicz



Mit Ihrer Initiative zur Auflösung des Thüringer Landtags haben Sie einen mutigen Schritt gewagt. Welche Hoffnungen verbinden Sie damit?

Mir geht es um Ehrlichkeit in der Politik. CDU und Rot-Rot-Grün hatten den Thüringern für 2021 Neuwahlen versprochen. Die Menschen haben es geglaubt und waren entsetzt, als es nicht dazu kam. Nun besagt unsere Verfassung, dass es zwei Möglichkeiten gibt, um vorzeitige Neuwahlen zu realisieren: Der Ministerpräsident tritt zurück oder das Parlament löst sich auf. Beides hat nicht funktioniert. Im Sommer 2021 waren aber laut MDR-Umfrage ca. 67 Prozent der Thüringer für Neuwahlen. Wir brauchen in unserer Verfassung die Möglichkeit, dass eine solche Auflösung auch im Rahmen eines Volksentscheides erwirkt werden kann.

Wir erleben seit 2020 eine nie dagewesene Aushebelung unserer Grundrechte. Welches Problem empfinden Sie aktuell als das schwerwiegendste?

Aus meiner Sicht haben wir einen guten Verfassungs- und Grundgesetzrahmen. Auch in der Thüringer Verfassung ist die Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikative festgeschrieben. Hier sehe ich die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz, insbesondere der Staatsanwaltschaft als ein Problem an. Wir brauchen eine konsequente Trennung.

Was ist Ihre Haltung zum Konflikt in der Ukraine?

Ich bin der Meinung, dass es die Pflicht der Politiker ist, Konflikte auf diplomatischem Weg zu lösen. Ich sehe da durchaus ein Erfolgspotenzial. Ich stehe für „Frieden schaffen ohne Waffen“. Es besteht kein Recht auf Krieg, es gibt eine Pflicht zum Frieden. Mit Waffen schaffen wir nur mehr Leid.

Sie fallen durch Ihre oftmals sehr kritischen Ansprachen im Thüringer Landtag auf. Betrachten Sie sich als Einzelkämpferin?

Ich bin seit September letzten Jahres Mit-

glied der Partei Bürger für Thüringen. Ich stehe für Ehrlichkeit, Nachvollziehbarkeit und Transparenz und da gehört es dazu, dass ich so lange kritisch hinterfrage, bis ich es verstehe. Ich habe gelernt, dass Tiefgründigkeit und Ehrlichkeit zu nachhaltigen Lösungen führen.

Der Druck des Volkes durch Demonstrationen hat in Thüringen aktuell nachgelassen. Glauben Sie grundsätzlich an die Macht der Straße?

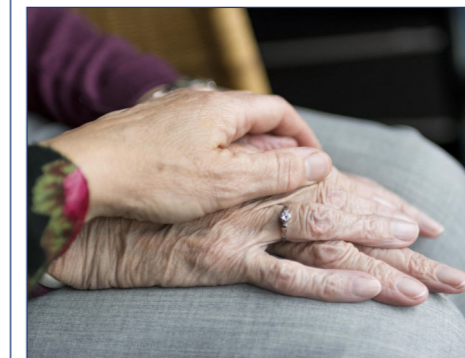
Regelmäßig zu demonstrieren kostet Kraft. Ich denke, die Menschen brauchen auch Zeit zur Erholung. Ja, ich glaube an die Macht der Straße.

Was ist Ihr größter Wunsch für den Freistaat Thüringen?

Ich wünsche mir ein Thüringen, wo Menschen wieder offen und ehrlich ihre Meinung sagen können, ohne sich über ihre berufliche Entwicklung oder ihre Existenz Sorgen machen zu müssen oder aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt zu werden. Ich wünsche mir offene Diskussionen verschiedener Standpunkte und einen sachlichen Diskurs auf Augenhöhe.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

Die einrichtungsbezogene Impfpflicht verschärft den Pflegenotstand



Sind wir eigentlich noch in der Lage, die wahren Ursachen eines Problems zu erkennen oder zu hinterfragen?

Laut Meldungen des MDR sind in Thüringen momentan ca. 11.000 Mitarbeiter aus Medizinischen- und Pflegeeinrichtungen ohne Impfnachweis. Bei einer Gesamtzahl von zirka 60.000 Angestellten in medizini-

schen Berufen sprechen wir also von annähernd 20 Prozent.

Sollten hieraus Betretungsverbote erwachsen, bedeutet dies eine weitere tiefgreifende Schwächung unseres Gesundheitssystems.

Dabei ist schon lange bekannt, dass die derzeit vorhandenen Impfstoffe zum Schutz vor einer Erkrankung mit Covid-19

- **keinen Fremdschutz bieten**
- **die Schutzwirkung nach wenigen Wochen nachlässt**
- **zu häufigen und teils heftigen Nebenwirkungen führt**

Im Beschluss des Verfassungsgerichtes zum einrichtungsbezogenen Impfnachweis wird sogar eingeräumt, dass die Impfung in seltenen Fällen zum Tode führen kann.

Da ist es selbst für einen Laien nachvollziehbar, dass ein medizinisch ausgebildeter, gesunder Mensch Bedenken gegen die neue Gentechnologie anmeldet. Zudem ist der größte Teil der vulnerablen Gruppen inzwischen selbst zwei- bis vierfach geimpft.

Die Ursachen für unseren jetzt schon vorhandenen Pflegenotstand sind nicht die Folgen der Pandemie, sondern eine jahrelang verfehlte Gesundheitspolitik. Die Privatisierung und Ökonomisierung der Gesundheitseinrichtungen, die Fallpauschale, der Abbau von Intensivbetten und die schlechten Arbeitsbedingungen in den Medizin- und Pflegeberufen führen zur Abwanderung der Pflegekräfte. Obendrein wird die lange geplante Schließung von Krankenhäusern fortgesetzt.

Sollte es nun zur weiteren Abwanderung von medizinischem und Pflege-Personal kommen, wird sich die jetzige Situation im Gesundheitswesen noch mehr verschärfen. Da muss man kein Verschwörungstheoretiker sein, um dies zu erkennen. Dann können wir alle nur hoffen, nicht krank und pflegebedürftig zu werden.

Nur wenn wir wieder lernen, die wahren Ursachen eines Problems zu erkennen und auch zu benennen, haben wir eine Chance, die politisch handelnden Personen zur Verantwortung zu ziehen und eine Gesundheitspolitik zu betreiben, die in erster Linie dem Menschen dient und nicht Profitintressen. *Burkhardt Platek*



Direkte Nothilfe für Kriegsoffer in der Ukraine



Raissa Steinigk stammt aus der Ukraine, lebt in Ruhla und organisiert bereits seit 2015 das Aktionsbündnis Zukunft Donbass e.V.. Sie kann jede Unterstützung gebrauchen.

Wie kam es zur Gründung des Aktionsbündnisses Zukunft Donbass e.V. ?

Als ich 2014 die Bilder vom Maidan sah, habe ich geweint. Ich wusste, dass diese Ereignisse mein Land zerreißen würden. Und so kam es auch. Nach der Gründung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk 2014 wurden diese Regionen immer wieder von der ukrainischen Armee unter Artilleriebeschuss genommen. In dieser Situation wollte ich meinen Landsleuten helfen und so gründete ich diesen Verein.

Das heißt, in der Ukraine herrscht seit über 8 Jahren Krieg?

So ist es. Und die Betroffenen sind vor allem die Menschen im Donbass. Bis 2022 sind dort über 12.000 Menschen umgekommen, etwa 5000 davon Zivilisten.

Welche Hilfe können Sie leisten?

In einem Land, in dem Krieg herrscht, geraten Spenden nur allzu leicht in die falschen Hände. Man muss wissen, was konkret gebraucht wird. Nach dem Beschluss von Krankenhäusern durch die ukrainische Armee besorgten wir Krankenhaus-Betten, Utensilien, medizinische Geräte. Inzwischen führen wir Bestell-Listen, in die unsere Partner in Lugansk und anderen Städten im Donbass alles eintragen, was sie benötigen.

Wie haben Sie denn die medizinische Ausstattung und Technik besorgt?

Wir haben hier in Thüringen gute Partner gefunden, Krankenhäuser und Unternehmen, die uns ausrangiertes Inventar abgaben. Und das auch immer noch tun. Außerdem haben wir großzügige Spender gefunden. Übrigens sind auch einige Mitglieder von dieBasis dabei.

Wie sehen Sie die Situation seit Ende Februar in diesem Jahr?

Anfang Februar wurde im ukrainischen Fernsehen angekündigt, dass die Ukraine die Volksrepubliken im Donbass militärisch einnehmen will. Russland hat die Volksrepubliken anerkannt, zu Bündnispartnern erklärt und seinen Angriff auf militärische Ziele mit der Verteidigung der Volksrepubliken begründet. Nun ist der Krieg eskaliert, und wieder sind es die Menschen im

Osten der Ukraine, die am meisten darunter leiden. Sie benötigen unsere Hilfe dringender denn je.

Wie sehen Sie die Aufnahme von Flüchtlingen und die Solidaritätsbekundungen für die Ukraine seit März 2022?

Nicht nur Deutschland nimmt Flüchtlinge auf, Russland hat bereits 1,6 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen, vor allem aus den umkämpften Gebieten. Viele Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, verlassen Regionen, die vom Krieg kaum betroffen sind. Das ist nicht gut für die Ukraine. Im ukrainischen Fernsehen wurde bereits beklagt, dass es über 400.000 leere Arbeitsstellen gibt. Außerdem weiß ich, dass viele Spenden-Transporte nicht in den Kriegsgebieten ankommen, weil sie vorher in der Ukraine abgefangen werden. Deshalb fahren unsere Transporte auch über Weißrussland nach Lugansk.

Was können unsere Leser tun, um Ihrem Aktionsbündnis zu helfen?

Jede Hilfe ist willkommen. Auf unserer Internetseite finden Sie unser Spendenkonto. Außerdem können Sie eine aktuelle Liste mit benötigten Dingen anfordern und uns Sachspenden zukommen lassen.

* www.zukunftdonbass.org

Ein ausführlicheres Interview mit Raissa Steinigk lesen Sie hier:

* www.rubikon.news/artikel/spenden-ist-nicht-so-einfach

Interview: Katrin McClean

Vision einer besseren Gesellschaftsordnung - Soziale Dreigliederung

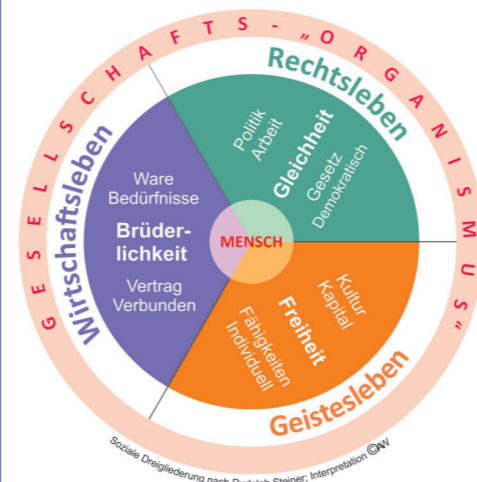
Viele Menschen halten, aus berechtigten Gründen, unsere derzeitige Gesellschaftsordnung für überholt, sind gegen Vieles, was „unsere“ Politiker beschließen - haben selbst aber auch keine Idee, wie es besser funktionieren kann.

Aus meiner Sicht reicht es nicht aus gegen etwas zu sein, sondern jeder sollte sich fragen, wie eine ideale Gesellschaft aussehen könnte. Denn erst durch die konkrete Ausgestaltung einer Zielvorstellung ist ein Hinarbeiten zu einer besseren Gesellschaftsform möglich.

Eine Idee, die schon vor ca. 100 Jahren von dem Anthroposophen Rudolf Steiner wissenschaftlich entwickelt wurde, ist die der „Sozialen Dreigliederung“.

Als Gegenmodell zu dem damals wie heute vorhandenen Einheitsstaat beschrieb er um ca. 1910 die Soziale Dreigliederung als ein Staatsgebilde, das sich aus drei unabhängigen Teilen, nämlich dem Geistesleben, dem Rechtsleben und dem Wirtschaftsleben zusammensetzt. Zum Geistesleben

gehören Bildung und Kultur, zum Rechtsleben die Politik und zum Wirtschaftsleben die Wirtschaft. In unserem heutigen Einheitsstaat wirken diese übergriffig und sozial unzulässig in die jeweils anderen Bereiche hinein. Die Politik lenkt durch Gesetze die Wirtschaft und die Wirtschaft wiederum beeinflusst durch Lobbyismus die Entscheidungen der Politik, z.B. bei der Gesetzgebung. Wären diese beiden Bereiche getrennt, hätte der für den Bürger schädliche Lobbyismus keine Basis mehr. Außerdem stehen Bildung, Kultur und Journalismus zunehmend unter dem ideologischen Einfluss der Politik und unter wirtschaftlichem Druck.



Die Auswirkung der fehlenden Trennung ist eine kranke Gesellschaft voller Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Willkür, Machtmissbrauch, Wettbewerbsverzerrung, Abhängigkeit, Desinformation, Gewalt und Ineffizienz. Nach der Wissenschaft der Sozialen Dreigliederung kann eine gesunde Gesellschaft nur dann entstehen, wenn alle drei Gesellschaftsglieder getrennt sind und autonom handeln. Und zwar mit den drei Leitwerten aus der Zeit der französischen Revolution: Freiheit im Geistesleben, (z.B. in der Bildung mit freien Schulen), Gleichheit im Rechtsleben (vor dem Gesetz sind alle gleich) und Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben (jedem soll das zuteil werden, was er braucht).

Die Partei „dieBasis“ hat von Beginn an die Grundzüge der Sozialen Dreigliederung in Ihren Satzungen integriert. Damit bekennt sich die Partei zu der Vision einer besseren, menschlicheren, gerechteren und friedlicheren Gesellschaftsform. Das Ziel dabei ist, möglichst viele „Krankheiten“ unserer heutigen Gesellschaft, nicht nur symptomatisch, sondern grundlegend und ursächlich zu heilen.

Ich freue mich schon jetzt auf diese neue, „gesunde“ Gesellschaft.

Andreas Wolfschlag

dieBasis

Hilfsfond für Betroffene der Einrichtungsbezogenen Impfpflicht



Neben den rechtlichen und medizinischen Fragestellungen zeigt sich, dass die Konflikte am Arbeitsplatz durch die einrichtungsbezogene Impfpflicht zu immer größeren psychischen Belastungen für die Betroffenen führen.

Deshalb wird dieBasis Thüringen einen Hilfsfond für betroffene Pflegekräfte einrichten, der neben der juristischen Beratung auch Hilfestellung bei persönlichen Anliegen ermöglicht. Das Angebot richtet sich an Menschen, die von der einrichtungsbezogenen Impfpflicht betroffen sind bzw. in Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, in denen sie von ihren Arbeitgebern massiv unter Druck gesetzt werden, sich impfen zu lassen und/oder andere gesundheitsschädigende Maßnahmen einzuhalten. Sie erhalten praktische Hilfe beim Umgang mit Konflikten am Arbeitsplatz und psychologische Beratung, um alternative Handlungsoptionen zu finden.

Erbeten werden Spendengelder, die zur Finanzierung der notwendigen rechtlichen und psychologischen Beratung eingesetzt werden sollen.

Spendenkonto: Landesverband dieBasis
IBAN: DE61 8205 1000 0163 1384 86

Verwendungszweck: Hilfsfond Pflege.

Kontakt: Sybille König, syko19@gmx.de

Wer ist an der Inflation schuld?



Neben den vielen persönlichen und sozialen Einschränkungen der letzten beiden Jahre, haben wir es nun mit steigenden Preisen zu tun. Diese steigen inzwischen rapide. Schuldzuweisungen gibt es von Seiten der Regierung viele: Die Pandemie ist

schuld, der Klimawandel ist schuld. Gerade ist für die steigenden Energie- und Lebensmittelpreise vor allem die Ukraine-Krise und somit „der Russe“ schuld.

Aber was ist wirklich los mit den Preisen? Sie steigen – aber nicht erst seit 2022. Auch die Rohstoffpreise. Sie steigen seit Anfang 2020 sehr deutlich.

Gleichzeitig vermindern sich die Realeinkommen der Haushalte und die relativen Anteile für Energie und Nahrungsmittel steigen.

Das Vergleichsportal Verivox hat im Mai 2022 eine Aufstellung veröffentlicht, die besagt, dass die Lebenshaltungskosten eines durchschnittlichen Musterhaushaltes (Familie mit zwei Kindern) – z.Zt. 48.708,- Euro pro Jahr- deutlich steigen. Allein die Ausgaben für Energie erhöhen sich um zirka zwei Drittel. In Verbindung mit der allgemeinen Inflation von nahezu 8% sind pro Jahr insgesamt 6.300,- Euro mehr aufzubringen. Und: ein Ende ist noch nicht in Sicht.

Nachdenkfragen

Warum lehnt das Bundesverfassungsgericht alle Klagen zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht ab?

Warum ist es bis heute nicht gelungen, die tatsächlichen Auswirkungen der Corona-Maßnahmen zu überprüfen?

Warum werden Verhandlungen mit Russland von den meisten NATO-Vertretern abgelehnt, obwohl ein Verhandlungserfolg Tausende von Menschenleben retten könnte?

Warum können wir hundert Milliarden Euro zusätzlich für Aufrüstung ausgeben und haben immer noch kein Geld, um Pflegekräfte angemessen zu bezahlen?

Mit der Ukraine-Krise hat das aber wenig zu tun. Die Pandemie ihrerseits hat das Ausgabenprofil verschoben, manches konnte man einsparen, anderes wurde durch erhöhte Nachfrage auch teurer. Die Gründe für den allgemeinen Preisanstieg liegen vor allem in einem System, dessen Systemfehler durch die Pandemie-Politik nur offen zutage getreten sind.

Hierbei spielt ein völlig überschuldetes und nicht mehr gedecktes Finanzsystem eine wesentliche Rolle. Die Geldmärkte wurden jahrelang stark überflutet. Diese an den Anlagemärkten aufgestauten Geldmengen werden nun freigesetzt – historische Inflationsraten sind die Folge.

Eine weitere, wesentliche Krisenursache sind die fragilen globalisierten Lieferketten. Auf Container-Riesen sind immense Ladungsmengen konzentriert. Bei einer Stö-

rung überlasten sie die Kapazitäten in den Häfen und im Hinterland. Der Warenfluss ist für Wochen blockiert, zu den Folgen gehören Produktionsausfall und Versorgungsengpässe, welche die Preise steigen lassen. Ein Ausweg aus der Misere könnte zum Beispiel durch die Stärkung regionaler Wirtschaft und vor allem durch die drastische Reduzierung von Spekulationsgeschäften und Finanzderivaten gefunden werden. Doch von unseren Regierungsparteien sind solche Änderungen nicht zu erwarten. Dagegen sind im Programm der Basisdemokratischen Partei Deutschland entsprechende Lösungsvorschläge bereits verankert.

Jeder kann und sollte Einwohner-Anfragen stellen

Jede Kreistagssitzung beginnt mit einer Einwohnerfragestunde bei der jeder Einwohner des Wartburgkreises eine Anfrage stellen kann. Diese Möglichkeit wird viel zu selten bzw. so gut wie nie genutzt. Dabei gibt es sehr viele regionale Themen, die den Wartburgkreis betreffen.

Zum Beispiel:

- **Stromtrasse „Südlink“**
- **Planungen zum Atomendlager in der Region**
- **Windkrafttrader in der Nähe von Wohngebieten oder in den Wäldern**
- **Einrichtungsbezogener Impfnachweis**
- **Arbeit in den Kreiskrankenhäusern und, und, und**

Jeder Einwohner des Wartburgkreises, der das 16. Lebensjahr vollendet hat, ist berechtigt, eine kurze Anfrage an den Landrat oder über diesen an den Beigeordneten zu stellen. Dabei wird als erstes geprüft, ob der Kreistag für die Anfrage zuständig ist. Die Anfrage soll nach Art und Umfang eine kurze mündliche Beantwortung ermöglichen, die in angemessenem Verhältnis zum Arbeitsaufwand stehen muss. Sie ist spätestens am 7. Kalendertag vor einer Kreistagssitzung schriftlich einzureichen. Die Beantwortung setzt die Anwesenheit des Fragestellers voraus.

Dies ist eine Form der direkten Demokratie und sie müsste bei den gravierenden Problemen unserer Zeit eigentlich viel häufiger genutzt werden.

Als Basisdemokraten möchten wir an dieser Stelle alle Einwohner des Wartburgkreises darauf hinweisen, dass sie diese Form nutzen sollten, um ihre regionalen Anliegen zu vertreten. Anfragen können **NUR** schriftlich an das Kreistagsbüro gestellt werden. Die Termine für die nächsten Kreistagssitzungen sind:

06.09.2022; 02.11.2022 & 13.12.2022

Burkhardt Platek, Kreistagsabgeordneter